

Antworten auf die Wahlprüfsteine von Anima e.V. - Verein für allumfassenden Tierschutz und Aufklärungsarbeit anlässlich der Europawahl 2019



Allgemeine Verwaltung und Gesetzgebung

a) Werden Sie sich vor diesem Hintergrund dafür einsetzen, dass den Bedürfnissen von Tieren als empfindungsfähigen Lebewesen in der Schwerpunktsetzung sowie in Verordnungen und Richtlinien der EU angemessen Rechnung getragen wird?

Ja, wir werden uns dafür einsetzen, dass sich die europäische Gesetzgebung zum Wohle der Tiere erheblich verbessert.

Für Umwelt- und Tierschutzverbände wollen wir ein volles Verbandsklagerecht schaffen, mit dem Verstöße gegen Umwelt- und Tierschutzgesetze geahndet werden können. Nur so kann der Umwelt- und Tierschutz gegenüber kurzfristigen Industrieinteressen gestärkt werden.

b) Werden Sie sich dafür einsetzen Tierschutzpolitik als eigenständigen EU-Politikbereich zu etablieren, der unabhängig von anderen wirtschaftlichen Interessen rein im Sinne des Tierwohls agiert?

Wir GRÜNE unterstützen ein übergreifendes europäisches Tierschutzrahmengesetz, das Standards für Nutz- sowie Heimtiere beinhaltet.

Wir fordern, dass die Kommission hierzu endlich einen Gesetzesentwurf vorlegt. Außerdem treten wir für einen Schutz von Wildtieren über die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie ein.

c) Werden Sie sich zur Harmonisierung der Gesetzgebung der einzelnen Mitgliedsstaaten für ein europäisches Tierschutzrahmengesetz einsetzen, das von „Heimtieren“ über „Nutztiere“ bis hin zu „Wildtieren“ den bestmöglichen Schutz sämtlicher Tiere gewährleistet?

Ja, wie in b) geschrieben setzen wir uns ein übergreifendes europäisches Tierschutzrahmengesetz ein. Ob es zielführend ist, Wildtiere, deren Schutz ja bereits in der Naturschutzgesetzgebung geregelt ist, zusätzlich aus Tierschutzgesichtspunkten mit unter das „Dach“ der Tierschutzrahmengesetzgebung zu nehmen, muss geprüft werden.

Massentierhaltung

a) Werden Sie sich unter Berücksichtigung des Art 13 AEUV dafür einsetzen für alle Arten von „Nutztieren“ konkrete Vorschriften zu Zucht, Haltung, Transport und Schlachtung zu erarbeiten und zu erlassen?

Ja, wir GRÜNE fordern die Einführung von Nutztierhaltungsverordnungen für alle Nutz-Tierarten. Die Tiertransportrichtlinie muss den spezifischen Anforderungen - je nach Tierart und Alter - Rechnung tragen. Die Tiertransportzeiten sind auf maximal vier Stunden zu verringern, für nicht abgesetzte Jungtiere sollte eine maximale Transportzeit von einer Stunde gelten. Wir GRÜNE wollen die Schlachtbedingungen auf Schlachthöfen verbessern und setzen uns für strengere einheitliche Richtlinien auf EU-Ebene ein. Wir fordern ein Verbot der Akkordentlohnung bei allen tierschutzrelevanten Arbeitsgängen während der Schlachtung.

b) Werden Sie sich für ein EU-weites Verbot von offensichtlich qualvollen Haltungsbedingungen, wie z. B. der betäubungslosen Kastration von Ferkeln oder Amputation von Schwänzen und Schnäbeln, einsetzen?

Ja, wir GRÜNE setzen uns für ein EU-weites Verbot von qualvollen Haltungsbedingungen und ein Ende der Massentierhaltung ein. Dazu gehört die betäubungslose Kastration von Ferkeln oder Amputation von Schwänzen und Schnäbeln.

c) Werden Sie sich dafür einsetzen, die aktuelle EU-Exportorientierung von tierischen „Produkten“ aufzulösen und die Produktionsmenge dem tatsächlichen Verbrauch innerhalb der EU anzupassen?

Wir GRÜNE streiten für eine konsequente Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik und fordern, dass zukünftig alle Zahlungen an die Landwirtschaft an hohe Standards zu Umwelt-, Klima- und Tierschutz sowie Sozialstandards gebunden werden. Wir setzen uns für eine vielfältige Agrarstruktur mit lebendigen ländlichen Räumen und zukunftsfesten Betrieben ein, die für den eigenen Markt produzieren.

Landwirtschaft

a) Werden Sie sich für die Abschaffung umwelt- und klimaschädlicher Subventionen einsetzen?

Wir GRÜNE fordern den Umstieg der Agrarzahungen hin zu „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen!“ (siehe vorherige Frage)

b) Werden Sie sich stattdessen für eine Landwirtschaft einsetzen, die deutlich weniger Energie, Ressourcen und Flächen verbraucht?

Eine landwirtschaftliche Produktion, die durch ihren Pestizidverbrauch die Artenvielfalt gefährdet oder unser Grundwasser durch eine intensive Tierhaltung gefährdet, darf nicht länger entlohnt werden. Stattdessen brauchen wir Gelder zur Förderung vitaler ländlicher Räume. Zusammenschlüsse zur Verkürzung der Lieferketten oder Initiativen zur Stärkung erneuerbarer Energien und regionaler Ressourcen, sollten weiterhin gefördert werden.

c) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Mitgliedsstaaten künftig bei der Luft-, Boden- und Grundwasserreinhaltung sowie der Klimagesetzgebung ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen und Verstöße umgehend mit Sanktionen geahndet werden?

Laut Weltagrарbericht ist die Landwirtschaft sowohl wesentlicher Treiber, als auch dramatisches Opfer des Klimawandels und verfügt gleichzeitig über entscheidende Potenziale zu dessen Begrenzung – je nach Ausrichtung.

Ja, wir werden uns dafür einsetzen, dass die Mitgliedstaaten bei der Luft-, Boden- und Grundwasserreinhaltung sowie der Klimagesetzgebung ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen und Verstöße geahndet werden.

Forschung

a) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Tierversuche verboten werden, die nicht unmittelbar lebenswichtigen Interessen des Menschen dienen (z. B. Grundlagenforschung, Prüfung von Konsumprodukten, Prüfung von Produkten, die zwar der menschlichen Gesundheit zugutekommen, für die es aber bereits vergleichbar wirksame Ersatzprodukte gibt)?

Wir GRÜNE wollen Tierversuche konsequent reduzieren und schnellstmöglich überflüssig machen. Wir treten dafür ein, dass die Tierversuchsrichtlinie in diesem Sinne erheblich nachgebessert wird. Wir werden weiter Druck erzeugen, um einen Paradigmenwechsel einzuleiten. Dazu zählen

schnellere Anerkennungsverfahren für tierversuchsfreie Methoden, Stufenpläne und zeitliche Vorgaben zur Überarbeitung der Tierversuchsrichtlinie. Es ist absolut notwendig, dass einzelne Mitgliedstaaten weit striktere Maßnahmen erlassen dürfen als dies die Richtlinie vorgibt. Dafür haben wir uns in der Vergangenheit eingesetzt und werden dies auch in der Zukunft tun.

b) Werden Sie sich für die Einsetzung von Steuerungsinstrumenten engagieren, die den Fokus der Forschung auf die Entwicklung und Anwendung von alternativen Forschungsmethoden legt, die ohne das „Nutzen“ von Tieren auskommt (z. B. Förderung alternativer Forschungen in höherem Maße als Tierversuche, nationalstaatliche Zielvorgaben, Monitoring)?

Tierleidfreie Versuche müssen zum „Goldstandard“ werden.

Wir GRÜNE fordern schon seit Langem, EU-Forschungsgelder verstärkt für die tierversuchsfreie Forschung einzusetzen und ihre Benachteiligung gegenüber der Tierversuchsforschung zu beenden. Ein Masterplan mit Strategien zur Eindämmung von Tierversuchen, wie von den Niederlanden vorgelegt, ist ein richtiger Schritt, den auch die anderen Mitgliedstaaten gehen sollten.

Durch ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände wollen wir ein Instrument schaffen, mit dem Verstöße gegen Tierschutzgesetzgebung geahndet werden können.

Bildung und Verbraucherschutz

a) Werden Sie sich dafür einsetzen, den EU-weiten Fleischkonsum (bspw. durch Informationskampagnen) zu reduzieren?

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Menschen über gesunde Ernährung informiert werden. Dazu zählt auch die Aufklärung zu einem maßvollen Konsum an Fleisch, das aus einer tiergerechten Landwirtschaft wie dem ökologischen Landbau kommen sollte. Zentral dabei ist eine transparente Tierhaltungskennzeichnung, damit jede*r erkennen kann, aus welcher Tierhaltung das Fleisch an der Theke stammt.

b) Werden Sie Kampagnen der EU forcieren und/oder unterstützen, die auf die Gesundheitsgefahren des Verzehrs bestimmter Fleischprodukte und die Vorteile einer pflanzenorientierten Lebensweise hinweisen?

Massentierhaltung und übermäßige Fleischproduktion sind ein Problem für die Welternährung, für das Weltklima, für die Biodiversität, für die Tiere und auch für unsere Gesundheit. Wir setzen uns daher dafür ein, dass vegetarische und vegane Ernährung immer selbstverständlicher wird, dafür wollen wir die Ernährungsbildung stärken, über die gesundheitlichen, ökologischen und sozialen Folgen des Fleischkonsums aufklären und ein Bewusstsein für Möglichkeiten einer nachhaltigeren Ernährung schaffen.

c) Werden Sie ein Verbot irreführender Werbungen, Produktbezeichnungen und Packungsangaben unterstützen?

Wir GRÜNE sind gegen irreführende Werbung. Verbraucher*innentäuschung wollen wir vermeiden und setzen uns dafür ein, verbraucher*innentäuschende Werbung und Produktaufmachung, beispielsweise hinsichtlich umwelt- oder tiergerechter Produktion, wirkungsvoll zu unterbinden. Nicht nur Werbeaussagen, sondern auch Bilder müssen dabei berücksichtigt werden.

d) Werden Sie sich für eine verbindliche Deklarationspflicht von tierischen Inhaltsstoffen und vegetarischen beziehungsweise veganen Produkten einsetzen?

Verbraucher*innen müssen die Möglichkeit haben, sich bewusst gegen tierische Produkte entscheiden zu können. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Vegetarier*innen besser auf Produkten erkennen können, ob es sich um pflanzliche Lebensmittel handelt, oder ob tierische Inhalts- oder Verarbeitungstoffe eingesetzt wurden. Dies gilt auch für bislang versteckte Hilfsmittel bei der Herstellung oder Verarbeitung, wie den Einsatz von Gelatine zur Klärung von Saft,

Fischblasen zur Klärung von Wein oder Kälberlab bei der Herstellung von Käse. Auch diese wollen wir auf dem Endprodukt angegeben sehen.

e) Werden Sie sich weiteren Forderungen nach einem Deklarationsverbot „pflanzlichen Fleisches“ von Lobbyverbänden der Fleischindustrie widersetzen? Falls nein, werden Sie sich dafür einsetzen, sämtliche irreführende Produktbezeichnungen (wie die eingangs exemplarisch erwähnten) abzuschaffen?

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass auch zukünftig der Veggie-Burger „Veggie-Burger“ heißen darf. Die Vorstellungen der Fleischindustrie zum Labeling von vegetarischen und veganen Produkten, wie z. Zt. durch eine Mehrzahl aus Konservativen und Sozialisten im Agrarausschuss des Europäischen Parlaments gestützt, gehen aus unserer Sicht an den Wünschen der Mehrheit der Verbraucher*innen vorbei. Lebensmittelbezeichnungen müssen verständlich sein und den Erwartungen der Verbraucher*innen entsprechen. Das ist bei Bezeichnungen wie „Veggie-Burger“ der Fall. Verbraucher*innenbefragungen haben gezeigt, dass hier kaum Verwechslungsgefahr zwischen tierischen und vegetarischen Produkten besteht. Auch die Regelungen der Deutschen Lebensmittelbuchkommission sehen wir daher kritisch.

„Wildtiere“

a) Werden Sie sich jedem Versuch, das geltende EU-Umweltrecht aufzuweichen und zum Beispiel der Herabstufung des Schutzstatus des Wolfs zuzustimmen widersetzen? Sorgen Sie für die Aufrechterhaltung und die konsequente Umsetzung des Schutzstatus des Wolfs?

Der Schutzstatus des Wolfes ist im Artenschutzrecht festgeschrieben. Eine Änderung der Anhänge der FFH-Richtlinie ist keine Frage, die politischen Erwägungen unterliegt, sondern wissenschaftlicher Feststellungen. Laut den offiziellen Zahlen und Berichten des Bundesamts für Naturschutz (BfN) und der Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf (DBBW) hat der Wolf keinen günstigen Erhaltungszustand gemäß FFH-Richtlinie erreicht. Auch wenn der Wolf in Deutschland gerade einen starken Populationszuwachs erlebt, ist er eine gefährdete Art. Schaf- und Ziegenhalter*innen sollten mehr Unterstützung erhalten, um sich gegen Wolfsangriffe zu schützen. Dazu gehört auch eine Weidetierprämie, die wir wiederholt im Bundestag beantragt haben und die von CDU/CSU und SPD abgelehnt wurde.

b) Werden Sie sich für europaweite Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt (z. B. biologische Schädlingsbekämpfung, Verbot bzw. Eindämmen besonders aggressiver Insektizide wie Neonicotinoide, Einsatz von Blühstreifen, Verzicht auf Monokulturen, Wildbienenenschutz etc.) einsetzen?

Wir GRÜNE setzen uns für eine Landwirtschaft ein, die auf den Einsatz von Pflanzenschutzmittel verzichtet. Auch in der konventionellen Landwirtschaft könnte durch einen Fruchtwechsel, angepasste Sortenwahl oder mechanische Bodenbearbeitung, ein großer Teil der Pflanzenschutzmittel eingespart werden. Wir fordern eine Risikobewertung der Pestizide, die nicht nur die Wirkstoffe, sondern auch die endgültigen Formulierungen und „Cocktail effekt“ beim Einsatz mehrerer Pflanzenschutzmittel überprüft. Außerdem müssen Bodenorganismen und Umweltmedien wie Wasser in die Risikobewertung einbezogen werden.

Wir haben uns für das Verbot von bienengefährlichen Neonicotinoiden eingesetzt und fordern, dass das Pflanzenschutzmittel Glyphosat vom Markt genommen wird.

c) Werden Sie sich für ein europaweites generelles Verbot des Elfenbeinhandels sowie für ein Verbot von Import, Besitz und Verkauf von Tieren und „Trophäen“, die in ihrem Heimatland illegal eingefangen, getötet oder exportiert wurden, starkmachen?

Ja. Ob es sich um Elfenbein, um Trophäen oder ob es sich um Produkte handelt, die von Nashörnern oder Tigern zur Herstellung von traditioneller Medizin gewonnen werden, ihr Vertrieb sollte in Europa dringend untersagt werden.

d) Werden Sie sich für die Einführung einer EU-Verordnung einsetzen, welche die Haltung von „Wildtieren“ in Gefangenschaft und das Verbot der Haltung von „Wildtieren“ in Zirkussen regelt?

Wir GRÜNE wollen den Handel und die Haltung von Wildtieren nur auf solche Arten beschränken, deren Haltung aus Tier-, Natur- und Artenschutzgründen, aber auch aus Gesundheits- und Sicherheitsaspekten unbedenklich und dauerhaft zu leisten ist. Die Einführung einer Positivliste, in der die Arten sowie Haltungsbedingungen und Anforderungen benannt werden, ist aus unserer Sicht wichtig.

Wir setzen uns seit langem für ein Wildtierverbot im Zirkus ein. Ein Verbot auf europäischer Ebene wäre die richtige Lösung. In sehr vielen Ländern ist die Wildtierhaltung in Zirkussen bereits seit Jahren verboten, dazu gehört aber leider nicht Deutschland. Es gibt genügend Beispiele für Zirkusunternehmen, die allein durch ihre Akrobat*innen und Showeinlagen überzeugen.

„Haustiere“

Werden Sie sich für eine Verpflichtung von Online-Händlern zur Prüfung von Anbietern auf deren Identität (z. B. Welpenverkauf auf eBay Kleinanzeigen) einsetzen?

Ja, der Tierhandel im Internet muss verstärkt unter die Lupe genommen werden und bedarf einer europaweiten gesetzlichen Regelung.

Umwelt- und Naturschutz

a) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Klimaschutzpolitik in der nächsten Legislatur des Europäischen Parlaments die oberste Priorität eingeräumt wird?

Für uns hat Klimaschutz nicht erst für die kommende Legislatur die oberste Priorität. Wir wollen einen wirksamen Klimaschutz, mit ambitionierten Zielen in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Reduktion von Treibhausgasen. Mit dem Pariser Klimaabkommen von 2015 hat sich auch die EU für eine Reduktion der Treibhausgase verpflichtet. Seit der Unterzeichnung ist zu wenig passiert und die Europäische Union ist - vor allem auch als Union vieler Industrieländer - in der Pflicht mehr für den eigenen und internationalen Klimaschutz zu unternehmen. Der Klimaschutz und das Erfüllen dieses Abkommens müssen also auch in der kommenden Legislatur im Europäischen Parlament die oberste Priorität sein.

Die Europäische Union muss zu einer Union des Klimaschutzes werden. Das heißt nicht nur, dass sie eine andere Energie-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik betreibt, sondern dass sie die ökologischen Fragen auch ins Zentrum ihrer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik stellt. Wie wir unseren Energiehunger stillen, wird maßgeblich die Leitlinien der Außenpolitik bestimmen. Ein Europa ohne Kohle, Atomkraft und sonstige fossile Energien ist möglich. Wir wollen die Europäische Union zum weltweiten Vorreiter von Klimaschutz, erneuerbaren Energien und Energieeffizienz machen.

b) Werden Sie sich für natürliche Maßnahmen einsetzen oder Maßnahmen unterstützen, die einen Entzug von CO₂ aus der Atmosphäre vorantreiben, wie z. B. großflächige Aufforstungen, langfristige stoffliche Nutzung von Biomasse statt deren Verbrennung, Einarbeitung von Holzkohle in Ackerböden (Terra preta)

Wir setzen uns für die Wiederherstellung naturnaher Wälder ein. Die Wiederherstellung von Wäldern soll eine Win-Win Situation für einerseits Biodiversität und Artenschutz, sowie dem Klimaschutz sein. Das heißt, ja zu Aufforstung wenn naturnah, und ja auch zur stofflichen Nutzung statt der Verbrennung von Biomasse im Sinne einer Kaskadennutzung.

c) Werden Sie sich für umfassende Maßnahmen zu einer deutlichen Reduzierung des Plastikaufkommens in unserer Umwelt einsetzen oder solche Maßnahmen unterstützen (z. B.

Einführung einer EU-weiten Plastiksteuer, EU-weites Verbot jeglichen Einwegplastiks, Einführung von verpflichtenden und stetig steigenden Recyclingquoten für alle Mitgliedsstaaten, Einführung einer Verpflichtung von Herstellern zur Rücknahme von Recyclingabfall)?

Wir GRÜNE setzen uns für eine EU-weite Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte ein. Eine solche Abgabe bietet den Anreiz, Verpackungsmüll zu reduzieren, indem die Rohstoffe verteuert werden. Zugleich kann dadurch der Anteil von recyceltem Plastik gesteigert werden. Erdöl und Erdgas zur Produktion von Kunststoffen dürfen nicht subventioniert werden.

Die Besteuerung von Plastik muss in eine umfassende und ambitionierte Strategie zur Einsparung und Vermeidung von Plastik, zur Steigerung des Mehrweganteils und für besseres Produktdesign eingebettet werden. Dazu gehört auch, die Forschung und Entwicklung von alternativen Materialien auszubauen. Unser Ziel ist es, bis 2030 unsere Plastik-Verpackungen in der EU um 50 Prozent zu reduzieren. Einwegplastik muss auf unersetzbare Anwendungsbereiche beschränkt werden, beispielsweise im medizinischen Bereich. Die EU-Plastikstrategie verbietet Wegwerfprodukte aus Plastik wie Wattestäbchen, Plastikgeschirr und Trinkhalme. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Verbotliste um leichte Plastiktüten wie auch um Produkte aus der Industrie und der Baubranche ergänzt und dann konsequent und möglichst zeitnah umgesetzt wird. Außerdem müssen bis 2030 alle in der EU in den Verkehr gebrachten Kunststoffprodukte wiederverwendbar oder komplett abbaubar sein oder kosteneffizient recycelt werden können.